## Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD: TTIP und die sozialdemokratischen Grundwerte – ein Konflikt?

Liebe Mitglieder der SPD und Interessierte.

bei der kontroverse Debatte zu dem Freihandelsabkommen TTIP innerhalb der Partei möchten wir mit einer kleinen Zitatensammlung auf Positionen der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD hinweisen (2015). Die, die das Papier schon kennen, mögen uns das nachsehen. Mit freundlichen Grüßen

## attac/kiel

"TTIP greift in die interne Wirtschaftsverfassung sowohl Europas als auch der USA ein. Es geht nicht nur wie in der klassischen Freihandelstheorie um ein zusätzliches Güterangebot aus dem Ausland, dem ein nichtdiskriminierter heimischer Markt verschafft werden soll. Vielmehr zielt TTIP auf nichts weniger als auf die Gestaltung des europäischen wie auch des amerikanischen Marktes selbst."

"Angleichung heißt – zunächst völlig unabhängig von der Frage, ob am Ende eine Verschärfung oder Abschwächung von Standards steht, dass der politische Entscheidungsprozess über die inländischen Marktgegebenheiten auf beiden Seiten des Atlantiks eingeschränkt wird. Es wird auf diese Weise immer mindestens eine politische Regulierungsentscheidung, im Extremfall sogar zwei Entscheidungen durch eine private transatlantische Superregulierungsinstanz, die jeder demokratischen Kontrolle entzogen ist, aufgehoben."

## Schlussfolgerungen der Grundwertekommission:

- 1. "Die politische Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zur wirtschaftspolitischen Gestaltung wird (…) beschränkt (…) sowohl diesseits wie jenseits des Atlantiks. Das wäre ein Meilenstein auf dem Weg zu einer marktkonformen Demokratie, die demokratische Prozesse zur Disposition stellt."
- 2. Verletzung von Gleichheitsgrundsatz und sozialdemokratischen Gerechtigkeitsvorstellungen durch Sonderklagerechte für ausländische Investoren, die inländischen BürgerInnen nicht zugänglich sind, wobei sie als Steuerzahler aber den erheblichen Teil der Verfahrenskosten tragen.
- 3. Verstoß von Gerechtigkeitsprinzipien gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern, aufgrund der Exklusivität des Abkommens.

## Details zur Unvereinbarkeit von TTIP mit sozialdemokratischen Grundwerten und -überzeugungen:

"Die Geheimhaltung verstößt gegen demokratische Selbstverständlichkeiten"

"Der Gesetzgeber der Zukunft darf in grundlegenden Bereichen des Zusammenlebens und Gemeinwohls nicht unzulässig gebunden werden durch den völkerrechtlichen Charakter und die vorgesehene Beteiligung eines demokratisch nicht verantwortlichen, von «Experten» besetzten «Rates für regulatorische Kooperation» Der geplante «Rat für regulatorische Kooperation» bedeutet eine <u>Gefahr für die Demokratie</u>: Konzerne schreiben die Gesetze selbst, <u>dem Parlament werden letztlich die Hände gebunden</u>, wenn neue Regulierungen in wechselseitiger Abstimmung mit den USA bzw. der EU geschaffen werden dürfen."

"Die Maßgabe « ... im Wesentlichen alle Sektoren und Einbringungsarten» (TTIP-Mandat) zu erfassen und «neue Marktzugänge» zu erschließen und Dienstleistungen <u>«auf dem höchsten Liberalisierungsniveau</u>» zu binden, bedeutet <u>mehr Privatisierung</u> und macht eine <u>Rekommunalisierung unmöglich</u>."

"Der als Investorenschutz geplante Teil des Abkommens sieht die <u>Einrichtung von gesonderten privaten Schiedsgerichten</u> vor... Dies stellt eine Diskriminierung der inländischen Bürgerinnen und Bürger dar, die in ihren Belangen auf den üblichen Rechtsweg angewiesen und zudem als Steuerzahler gezwungen sind, die erheblichen Kosten verlorener Schiedsgerichtsverfahren zu tragen. Dies <u>verletzt sowohl den Gleichheitsgrundsatz als auch sozialdemokratische Gerechtigkeitsvorstellungen</u>."

"TTIP als Frage der Handlungsfähigkeit der westlichen Demokratien zu sehen und als Instrument der Durchsetzung außen- und wirtschaftspolitischer Interessen zu entwickeln, kann kein Vorbild für andere Abkommen sein, weil die Schwellen- und Entwicklungsländer TTIP als Rückzug aus multilateralen Abkommen werten (WTO, Verf.), ist das anvisierte Abkommen ein Signal, das dem Ziel einer gerechten und solidarischen Weltwirtschaftsordnung widerspricht."

**Quelle:** Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, *TTIP und die sozialdemokratischen Grundwerte – ein Konflikt?*, Januar 2015, abrufbar auf: http://stop-ttip-kiel.de/grundwerte/